

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Bundesregierung ehrt Justiz-Opfer des Widerstandes

Die Gruppe 40 im Wiener Zentralfriedhof war lange Jahre ein Ort der Kritik der Angehörigen der Opfer an den öffentlichen Stellen. Das Innenministerium, das für die Kriegsgräber zuständig ist, kümmerte sich vorerst nur unzulänglich um die Gruppe. Die Angehörigen der Opfer wollten vor allem die kleinen Gräber individuell gestalten und einen zentralen Ort des Gedenkens haben. In dieser Situation hat der **Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen** sich an den Wiener Bürgermeister **Michael Häupl** gewandt, um ein Mahnmal der Opfer des Widerstandes zu schaffen. Es wurde im Jahr 2005 bei einer Feier der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs übergeben. Kurze Zeit vorher hat die damalige Stadträtin Elisabeth Pittermann die sterblichen Überreste der Spiegelgrund-Kinder beerdigen lassen.

Damit war die Grundlage für ein gemeinsames Ensemble gegeben. Das ist die Vorgeschichte dieses Staatsaktes, über den unser Vorstandsmitglied **Gerald Netzl** berichtet:

Unter der Ägide von Bundeskanzler **Werner Faymann** und Innenministerin **Johanna Mikl-Leitner** fand der Gedenkakt der Bundesregierung am 11. März 2013 in der Gruppe 40 auf dem Wiener Zentralfriedhof statt.

Dort wurde eine nationale Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozi-

alistischen Justiz eingerichtet. Von 1942 bis 1945 wurden im Wiener Landesgericht I mehr als 1.000 Personen enthauptet, ihre Leichname wurden der Anatomie übergeben bzw. in Schachtgräbern in der Gruppe 40 primitiv verscharrt. Der Bogen der hier bestatteten KämpferInnen

Religionsgemeinschaften sowie Schülerinnen und Schüler nahmen am Festakt, der von Kurt Scholz moderiert wurde, teil.

Für Ministerin **Mikl-Leitner** führt uns die Gruppe 40 das Ausmaß der NS-Vernichtungsmaschine vor Augen. Niemand könne wieder gutmachen und

wurden immer mehr Vergehen gegen die NS-Gesetze mit dem Tod bestraft. Sie zählte alle Opfergruppen auf. Oft wussten die Angehörigen nichts von den Hinrichtungen und letzten Ruhestätten.

Käthe Sasso, Zeitzeugin, ehem. Häftling im Landesgericht I über der Todeszelle und Ravensbrückerin, dankte der Bundesregierung, namentlich Gen. Faymann und BM Mikl-Leitner, und dem Nationalfonds der Republik Österreich für die Einrichtung der nationalen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Diese würdige Gedenkstätte dient nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Mahnung. Sasso erinnerte an einige ihrer hingerichteten Mitgefangenen, etwa die jüngsten, Anny Gräf und Friedrich Lachnit, oder die schwer kranke Therese Klostermann, die mit 40 Grad Fieber geköpft wurde.

Gerhard Kastelic, Vorsitzender der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, sagte, dass mit dem Fallen der Guillotine ein oft jahrelanger Leidensweg zu Ende ging. Zumeist wurde den Angehörigen nichts von den Hinrichtungen mitgeteilt und sie erhielten die Leichname nicht. Berührend schilderte er die Bemühungen, nach der Befreiung 1945 die sterblichen Überreste seines Vaters Jakob zu finden, sie von der Anatomie ausgehändigt zu bekommen und auf dem Penzinger Friedhof bestatten zu können. Kastelic schloss mit dem Statement, dass Diktatur und Tyrannei ab-



BK Faymann und BM Mikl-Leitner gemeinsam mit Opfervertretern vor der neuen nationalen Gedenkstätte

gegen den Nationalsozialismus spannt sich vom katholischen Priesterseminaristen Hans Georg Heintschel-Heinegg über den Revolutionären Sozialisten Eduard Göth bis zum Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ Hedwig Urach.

Durch die Widmung als Gedenkstätte ist nunmehr die Republik Österreich für den dauerhaften Bestand verantwortlich. Vertreterinnen und Vertreter der beiden Regierungsparteien, der grünen Oppositionspartei, der drei Verbände der NS-Opfer und der Freiheitskämpfer/innen, der

nachvollziehen, was die Opfer durchgemacht hätten. Sie dankte Käthe Sasso, dass diese als Zeitzeugin in Schulen ging, und unterstrich ihren Einsatz als Mentorin der Gruppe 40.

Brigitte Bailer, wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, erinnerte an die unterschiedlichen Opfergruppen und daran, dass nach 1938 auf dem Territorium des früheren (und späteren) Österreich mehr als 100.000 Menschen in die Fänge der Gestapo gerieten. Mit Verlauf des Krieges

zulehnen seien. Nicht minder berührend war die Lesung von fünf MittelschülerInnen aus den letzten Briefen von Hingerichteten.

Bundeskanzler Werner Faymann stellte fest, dass es ein Bündnis gegen das Vergessen weit über Parteigrenzen hinweg geben muss und gibt. Frieden,

Freiheit und Demokratie gäbe es nicht ohne ein Mindestmaß an Gerechtigkeit und respektvollen Umgang miteinander. Die Garantie, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, wäre unser Eintreten dafür. Es braucht das Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Rechtsextremismus!

Den Abschluss der Veranstaltung, an der mehrere hundert Personen teilnahmen, bildeten kurze Beiträge von Vertretern der evangelischen, katholischen, jüdischen und moslemischen Religionsgemeinschaften, leider fehlte in dieser Runde ein Vertreter der Konfessionslosen. Oft sind Friedhöfe bzw. deren Abteilun-

gen nach religiösen Gemeinsamkeiten gestaltet – bei den in der Gruppe 40 Begrabenen war es das gemeinsame Schicksal, das diese Menschen verschiedenen Glaubens bzw. Weltanschauungen zusammengeführt hat. Die Rednerinnen und Redner betonten durchgängig das gemeinsame „Niemals vergessen!“

Gründung des Republikanischen Schutzbundes vor 90 Jahren

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte nicht nur einen Wechsel der Staatsform von der Monarchie zur Republik, es fand vor allem eine veritable Machtverschiebung im Staat statt. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die einzige Partei mit klaren Vorstellungen und politischen Zielen, entschloss sich, verlässliche, republikanisch gesinnte Elemente der sich auflösenden k. u. k. Armee zur „Volkswehr“ zusammenzufassen. Die Volkswehr sollte nach den Plänen der Partei sowohl eine revolutionäre Entwicklung, wie in Russland, als auch eine konterrevolutionäre, reaktionäre Entwicklung zurück verhindern. Für die Konservativen in Österreich trug die Armee der Republik den Makel einer revolutionären Einrichtung. Mit dem Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye musste Österreich sein Heer verkleinern. Als 1920 die Koalition aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen zerbrach, begann sehr bald eine als „Entpolitisierung“ bezeichnete Umpolung des neuen Bundesheeres, seiner Soldaten und Offiziere, von republikanisch-sozialdemokratisch auf antirepublikanisch-konservativ.

Schon bald nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in meh-



Die ersten Schutzbundformationen am 1. Mai 1923 in der Brigittenau

rerer österreichischen Bundesländern paramilitärische Formationen, die zunächst als Ortswehren, Bürgergarden, Kameradschafts-, Frontkämpfer- und überparteiliche Selbstschutzverbände vor allem im Abwehrkampf an den Staatsgrenzen (Kärnten, Steiermark, Burgenland) auftraten. Diese Verbände wurden bald zu „Heimwehren“ zusammengefasst, die im Verlauf der 1920er Jahre zunehmend die Arbeiterbewegung als (innenpolitischen) Hauptgegner definierten. Daneben bestanden in den Industriegebieten in der Umbruchzeit bewaffnete Arbeiter- und Fabrikswehren.

Die innenpolitischen Machtverhältnisse hatten sich schon

Anfang der 1920er Jahre gedreht, die Sozialdemokratie verlor ihre dominante Position, nun war ihr Ziel, zumindest das Gleichgewicht der Klassenkräfte zu halten. Im November 1922 fand in Wiener Neustadt eine Konferenz zum Thema „Die Wehrhaftmachung des Proletariats“ statt, an der Vertreter der Partei, der Arbeitersportorganisationen, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderfreunde teilnahmen. Die Gründung des „Republikanischen Schutzbunds“ war der konsequente nächste Schritt, hatte allerdings eine tragische Vorgeschichte:

Der damals 44-jährige Franz Birnecker war Betriebsrat im Gummiwerk Semperit in Wien-

Baumgarten, damals Hietzing, heute Penzing. Seit seinem 19. Lebensjahr war Birnecker Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dazu war er Mitglied des Vorstands der Chemiearbeitergewerkschaft. Am Abend des 17. Februar 1923 leitete er eine Versammlung seiner Ortsgruppe. In einem nebenan gelegenen Gasthaus fand zeitgleich die konstituierende Sitzung einer Ortsgruppe der „Partei der österreichischen Monarchisten“ statt, als Saalschutz fungierten Mitglieder der rechtsextremen Vereinigung „Ostara“. Die Monarchisten fürchteten eine Sprengung ihrer Veranstaltung durch die Gewerkschafter und beendeten sie. Auf dem Heimweg kam es zu einem

Foto: V&A

Tumult, bei dem Franz Birnecker erschossen und zwei weitere Arbeiter verletzt wurden.

Unter dem Eindruck dieses Ereignisses wurde schon am 19. Februar 1923 in Wien der „Republikanische Schutzbund“ konstituiert, die Zulassung durch das Innenministerium erfolgte am 12. April 1923, womit eine bundesweite Entfaltung ermöglicht wurde.

Zunächst als Ordner- und Schutzorganisation für sozialdemokratische Veranstaltungen gedacht, trat die Verteidigung der Republik und ihrer Errungenschaften immer mehr in den Vordergrund der Aufgaben und Ziele des Schutzbunds. In den ersten fünf Jahren seines Bestehens hatte der Schutzbund einen eher vereinsmäßigen als streng militärischen Charakter.

Der Republikanische Schutzbund war, ebenso wie die Heimwehren, einheitlich uniformiert, in Kompanien, Bataillone und Regimenter gegliedert und relativ gut mit Infanteriewaffen ausgerüstet. Der Zentrallitung, deren Sitz sich in Wien befand, gehörten neben Julius Deutsch auch Alexander Eifler und Theodor Körner an; in jedem Bundesland gab es darüber hinaus eine eigene Leitung.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 in Wien, der Brand des Justizpalastes mit 89 Toten, über 600 schwer und mehr als 1.000 leicht Verletzten, waren DIE Zäsur der Innenpolitik in Österreich und brachten auch eine Zäsur für den Republikanischen Schutzbund. Der sozialdemokratische Parteivorstand hielt fest: „Es darf in Zukunft nicht mehr kleinen Gruppen erlaubt sein, die ganze Arbeiterklasse in Kämpfe zu ungünstigen Bedingungen zu verwickeln. Strengste proletarische Disziplin ist notwendiger denn je.“

Seine größte Stärke erreichte der Schutzbund im Jahr 1928 mit etwa 80.000 Mitgliedern, vor allem in Wien, der Steiermark sowie in den Industriegebieten

Nieder- und Oberösterreichs. Mit Beginn der 1930er Jahre verlor der Republikanische Schutzbund nicht zuletzt durch die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Proletariat und seine Organisationen zusehends an Schlagkraft. Die Regierung Dollfuß sah in ihm dennoch ein Hindernis auf ihrem Weg zum autoritären Ständestaat und löste den Schutzbund per 30./31. März 1933 auf. Die Organisation blieb jedoch auch in der Illegalität, in der sie ca. ein Drittel ihrer Mitglieder verlor, bestehen und begann am 12. Februar 1934 in Linz den – allerdings bereits aussichtslosen – Kampf gegen eine zum Äußersten entschlossene Regierung, die sich auf das Bundesheer, die Polizei und die Heimwehren stützen konnte. Der ausbleibende Generalstreik in Österreich war mit entscheidend, dass der Aufstand erfolglos blieb. Das ständige Zurückweichen der Parteiführung vor dem Februar 1934 hatte zwei gegensätzliche Wirkungen: steigende Ungeduld der Schutzbündler und zunehmende Apathie der Massen.

Warum der Schutzbund nicht früher, als die Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung weit günstiger gewesen sind, in die Konfrontation gegangen ist? Am 10. März 1933 sprach Otto Bauer vor Vertrauensmännern: „Wir wissen: Wenn es zur Entscheidungsschlacht kommt, wird dies Opfer kosten, die wir vor den Müttern dieses Landes nur verantworten können, wenn wir vorher alles getan haben, um eine friedliche Lösung auf demokratischer Grundlage möglich zu machen ... sollte unser Gegner es anders wollen, sollte er unsere Friedensbereitschaft verschmähen, dann soll er wissen, dass wir zu allem bereit sind, wirklich zu allem.“

Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, dem Republikanischen Schutzbund ein ehrendes Andenken zu bewahren. ■

Gerald Netzl

Staatsakt in der Hofburg

Heinz Fischer: „Der 12. März 1938 war ein Tag der Katastrophe und auch ein Tag der Schande.“

Aus Anlass des 75. Jahrestags der Annexion Österreichs durch die Hitler-Armee am 12. 3. 1938 lud Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zu einem Gedenkakt im Großen Redoutensaal der Wiener Hofburg ein.

Eröffnet wurde der Gedenkakt mit der Bundeshymne und einer Filmdokumentation des ORF über die dramatischen Ereignisse rund um den 12. 3. 1938 in Wien und anderen Städten Österreichs.

In seiner Gedenkrede stellte der Bundespräsident zum sogenannten „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland fest, „dass der 12. März 1938 ein Tag der Katastrophe war und im Hinblick auf die jubelnden Massen und im Hinblick auf die von der ersten Stunde an gedemütigten und entrechteten jüdischen Bürgerinnen und Bürger war er auch ein Tag der Schande.“ Fischer erinnerte an jene Menschen, die über die Ereignisse im März 1939 entsetzt waren, zu fliehen versuchten oder sich in die innere Emigration zurückzogen. Manche setzten ihrem Leben ein Ende, andere waren zum Widerstand bereit und entschlossen. „Ich darf daher mit besonderem Respekt die Vertreter und Vertreterinnen der Organisationen von Opfern des NS-Regimes [...] begrüßen, deren Verdienste ich gerade heute würdigen möchte.“

Er erinnerte daran, dass auch Österreicher „massiv“ an Nazi-Verbrechen beteiligt waren. „Nur durch die Mitwirkung sehr vieler Fanatiker, Anhänger und Mitläufer des NS-Regimes und auch durch gezieltes Wegschauen konnte das totalitäre System aufgebaut werden.“

Fischer ging auch auf die Zeit nach Kriegsende ein. In den Nürnberger Prozessen wurden die Hauptverantwortlichen der NS-Verbrechen zur Verantwortung gezogen und bestraft. „Die vielen mittleren und kleinen Räder, die das NS-Regime in Österreich funktionsfähig erhalten haben, lebten weiterhin mit Opfern dieses Räderwerks im gleichen Staat, oft auch im gleichen Ort, mehr oder weniger unbehelligt zusammen.“ Wie sollte damit umgegangen werden? Wie sollten die tiefen Wunden geheilt werden? Dazu Fischer: „Nur gereinigte und sauber gemachte Wunden können ohne Entzündungsgefahr heilen. Und dieses Säubern der Wunden hat lange Zeit auf sich warten lassen. Wieso zunächst die Kraft, vielfach auch der Wille, gefehlt hat, das Unrecht, das Österreicher anderen Österreichern, aber auch Menschen anderer Nationalität in der NS-Zeit angetan haben, mit aller Klarheit anzusprechen, einzugestehen und die überlebenden Opfer um Verzeihung zu bitten, ist eine der großen, nicht restlos geklärten Fragen der Zweiten Republik.“ ■

Rechtsextremismus in Oberösterreich – Objekt 21

Dieser Artikel stammt von der neu gewählten stv. Landesvorsitzenden von Oberösterreich.

Allein die Geschehnisse um die späte Aufdeckung des „Objekts 21“ würden einer mehrseitigen Reportage genug Material liefern. Bei Objekt 21 handelt es sich ja schließlich gleich um einen ganzen Verbrecherring, der abgesehen von illegalem Waffenbesitz, Entführung, schwerer Körperverletzung und Brandanschlägen auch ein weitreichendes Netzwerk aus Rechtsextremen aufzuweisen hat. Objekt 21 ist in antifaschistischen Kreisen schon seit Jahren bekannt und etliche „Mitsreiter“ sind bereits wegen Wiederbetätigung verurteilt oder zumindest in den letzten Jahren angezeigt worden.

Nichtsdestotrotz – ein politisches Motiv oder gar ein klares Aufzeigen rechtsextremer Gewalt wird vonseiten der Judikative als auch der Exekutive tunlichst vermieden:

Staatsanwalt Christian Hubmer gegenüber dem „Kurier“ am 24. Jänner 2013: „Es handelt sich aber nicht um ideologisch motivierte Verbrechen, sondern um reine Geldbeschaffung.“ Die Frage, zu welchem Zweck Objekt 21 „Geld beschaffen“ wolle, bleibt aber natürlich ungestellt, denn die Antwort führte dann wahrscheinlich doch zum politischen Hintergrund.

Wenn man nicht öffentlich den rechtsextremen Kontext aufzeigt und anprangert, dann sollte man sich nicht naiv wundern, wie viel Platz Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in

unserer Gesellschaft schon gewonnen haben. Im Kontext der Geschehnisse mutet es einem Großteil der dahintrottenden Bevölkerung beinahe „normal“ an, dass FPÖ-Spitzenpolitiker sich der rechtsextremen Sprache bedienen und mit Verbindungen auffallen, die schon längst unter die Wiederbetätigung fallen, wie das Oberösterreichische Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus wiederholt aufzeigte.

Um hier nur eine kleine – traurigerweise nicht ansatzweise vollständige – Aufzählung anzubieten: Da hätten wir etwa einen verurteilten Neonazi als stellvertretenden FPÖ-Bezirksobmann von Ried; einen früheren FPÖ-Gemeinderat, der wegen Waffenschiebung und versuchter Nötigung angezeigt wurde; Internetdialoge von

aktuellen und „ehemaligen“ FPÖlerInnen, die Homosexuelle hinter das VOEST-Gelände abschieben wollen, wo früher ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen war; sowie einen ehemaligen FPÖ-Gemeinderatskandidaten in Wels, der nicht nur die „Kanaken“, sondern gleich auch die gesamte SPÖ rund um Bürgermeister Koits auf Urlaub in das „Kurhotel Auschwitz“ schicken will.

Dass also im Land Oberösterreich ein Ausschuss zum Thema „Extremismus“ eingesetzt wurde, ist zu begrüßen. Zu hoffen bleibt aber, dass die ÖVP nicht aus Rücksichtnahme gegenüber einem möglichen blauen Koalitionspartner darauf bestand, von der Begrifflichkeit „Rechtsextremismus“ abzuweichen. ■

Laurien Janina Scheinecker

Neonazi Küssel erneut verurteilt

Im Jänner dieses Jahres verurteilte ein Schöffengericht Gottfried Küssel, Leitfigur der rechtsextremen und neonazistischen Szene, wegen NS-Wiederbetätigung zu neun Jahren Haft.

Der aus der deutschnationalen Burschenschaft Danubio-Markomannia kommende Küssel ist in die Jahre gekommen. Die Alterung des heute 54-jährigen hat nicht zur Einsicht und Läuterung geführt. Er ist und bleibt, wie er in einem TV-Interview feststellte, ein Nationalsozialist.

1983/84 wurde Küssel wegen NS-Wiederbetätigung erstmals bedingt verurteilt. Zehn Jahre später steht er neuerlich wegen Wiederbetätigung vor dem Richter. Er wird zu elf Jahren Haft verurteilt. Küssel hatte 1986 die Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO) gegründet mit dem Ziel, die NS-DAP neu zu gründen und die Macht im Staat zu ergreifen. Dies

und seine Sager, wie z. B. „Wir werden diesen Staat zertrümmern“ oder „Die VAPO vereint alle kampfbereiten und kampfwilligen Personen, denen klar ist, dass eine neue Ordnung nur durch die Ausschaltung der jetzigen Systeme möglich ist“, brachten ihn vor den Richter. An Küssels Wehrsportgruppe hat auch H. C. Strache teilgenommen.

H.-H. Scharsach schreibt in seinem Buch „Strache – im braunen Sumpf“: „Die Nachkriegsgeschichte der neonazistischen Gewalt in Österreich ist in Wirklichkeit eine Geschichte der Burschenschaften und der FPÖ: Die gewaltbereitesten Neonazi-Gruppierungen wie Norbert Burgers Nationaldemokratische Partei (NDP), die Aktion Neue Rechte (ANR) von Bruno Haas, Gerd Honsiks Nationale Front (NF) oder Küssels VAPO wurden von Burschenschäftlern und FPÖ-Mitgliedern gegründet.“

1999 ist Küssel wegen „guter Führung“ wieder frei und setzt seine nazistische Wühlarbeit

in der rechtsextremen Szene fort. Die schwarz-blaue Machtübernahme stärkte das Selbstbewusstsein der Szene und die Burschenschaften als ideologische Kadenschmieden lieferten den Nachwuchs für die nun vermehrt zu besetzenden Posten in der FPÖ und im Staatsapparat.

Erst 2011 beginnen Stapo und Verfassungsschutz mit konkreten Ermittlungen gegen die Betreiber und Hintermänner der neonazistischen Homepage „alpen-donau.info“. Mit dieser Homepage, die sich besonders an junge Menschen wandte, darüber hinaus aber als Informations- und Koordinationsmittel für die rechtsradikale Szene diente, wurden rechtsradikale Musik- und Vortragsveranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen angekündigt, Propagandamaterial verbreitet und NS-Devotionalien zum Kauf angeboten. Im Zuge der Ermittlungen wurden Küssel und zwei andere Neonazis verhaftet. Besonders Küssel wurde verdächtigt,

für die Homepage (deren Server in den USA war) und ihre Inhalte verantwortlich zu sein. Am 21. Mai 2012 begann der Prozess. Nach mehreren Unterbrechungen wurde am 10. Jänner 2013 das Urteil gefällt: 9 Jahre Haft für Küssel, 4 ½ und 7 Jahre für die beiden Mitangeklagten. Die Urteile sind wegen Berufung nicht rechtskräftig.

Wir Freiheitskämpfer begrüßen Küssels neuerliche Verurteilung. Wir sehen aber auch, dass die Exekutive und die Justiz bei der Anwendung des Verbotsgesetzes eher lasch vorgeht. Nach wie vor erfolgt die Verfolgung rechtsextremer und neonazistischer Straftaten, wie der jüngste Fall „Objekt 21“ zeigt, zögerlich. Häufig werden diese Straftaten als Dumme-Buben-Streiche verharmlost. Es ist hoch an der Zeit, rechtsradikale und neofaschistische Straftaten rigoros zu verfolgen und zu verurteilen. Schöffengerichte sind dazu nicht immer geeignet. ■

Ali Kohlbacher

Österreich vor der Nationalratswahl

Es hat sich viel verändert seit dem Anfang dieses Jahres. Österreich ist politisch bunter geworden, neue Parteien sind aufgetreten und die größte Veränderung ist bei den Landtagswahlen in Kärnten erfolgt.

Die SPÖ ist nunmehr stärkste Partei und die Herrschaft von Dörfler und den Scheuchs in der FPK Kärnten ist durch eine große Niederlage beendet. Peter Kaiser, der Spitzenkandidat der SPÖ, hat durch seinen persönlichen Einsatz das Vertrauen der Kärntner und Kärntnerinnen errungen.

Somit musste ein gewisser Herr Strache zur Kenntnis nehmen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Noch 2012 diskutierte man darüber, ob er als stärkste Partei aus der Nationalratswahl hervorgehen werde. Heute hat sich die Diskussion erübrigt. Er hat viele Rückschläge und viele blaue Flecken einstecken müssen. Sogar Barbara Rosenkranz ist seinen Aufträgen nicht gefolgt und in Kärnten hat er seinen Bündnispartner verloren, der das Land in Grund und Boden regiert hat.

Dörfler wäre gerne in Kärnten an der Spitze der FPK ge-



Die neue Koalition in Kärnten: Wolfgang Waldner, Peter Kaiser und Rolf Holub

blieben, jetzt gibt er sich mit einem Bundesratsmandat in Wien zufrieden. So hat Strache zwar dieses Problem gelöst, aber die tiefer gehenden Risse in seiner Partei und in der Meinung der Bevölkerung sind augenscheinlich. Er ist nicht mehr der einzige Oppositionsträger in Österreich. Aber es ist gut, wachsam zu bleiben.

Noch einen Rückschlag kann Strache vermelden, der Dritte Präsident des Nationalrates Martin Graf, der sich zurzeit auf einer Südamerika-Reise befindet, hat das Handtuch geworfen und erklärt, nicht mehr kandidieren zu wollen.

Damit ist ihn Strache zwar los, aber jüngere Burschen-

schafter sind nach wie vor seine Prätorianergarde. Dann hofft er noch auf Karl Schnell in Salzburg, der mit der Wortmeldung „Umvolkung“ wieder die Ausländerfeindlichkeit anheizt.

Peter Kaiser hat durch seinen persönlichen Einsatz die gesamte Kärntner Partei geeinigt und inzwischen hat er die Regierungsbildung mit den Grünen und der ÖVP vollzogen. Nunmehr sollen Recht und Ordnung statt Chaos und Korruption herrschen und Geschenke verteilen ist aufgrund von leeren Kassen nicht möglich.

Wir Freiheitskämpfer/innen haben sofort nach dem Wahlsieg

unserem Genossen Peter Kaiser gratuliert und ihm gewünscht, dass er bei seiner Mission für ein besseres Kärnten weitere Erfolge erzielt.

Nun haben es die Bundesparteien der Regierungskoalition in der Hand, wie es nach den offenen Landtagswahlen weitergeht. Findet ein Nationalratswahlkampf nur mit Sticheleien und persönlichen Angriffen statt, wird sich ein Teil des Wahlvolkes abwenden. Oder aber die Parteien punkten mit Leistung (zum Beispiel BM Klug Landesverteidigung).

Die großen Auseinandersetzungen sind auf der gesellschaftspolitischen Ebene zu führen, z. B. mit den Themenbereichen Bildung, Frauen, Jugend. Dabei soll nicht vergessen werden, dass wir eine gesellschaftsverändernde Kraft sein wollen. Der Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos hat hier eine wichtige Aufgabe als erfahrener Chef des Wahlkampfes gefunden. Wir Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen werden dort, wo wir können, die SPÖ mit voller Kraft unterstützen, damit sie wieder die Nummer eins in Österreich wird. ■

Ernst Nedwed

ARGE NS-Opfer-Verbände erinnerten an den 1. April 1938

Am 1. April 1938 wurde von den Nazis ein Transport bestehend aus ca. 150 Gegnern des Nationalsozialismus zusammengestellt, der, da es in Österreich zu diesem Zeitpunkt noch keine NS-Konzentrationslager gegeben hat, nach Dachau ging. Eine brutale NS-Schlägergruppe begleitete den Transport. Während der Fahrt waren die Verhafteten den Schikanen und dem Terror der Begleitmannschaft ausgesetzt. Nedwed erinnert in diesem Zusammenhang an Rosa Jochmanns Losung: „Niemals vergessen“ ist heute, angesichts steigender rassistischer und antisemitischer Straftaten, aktueller denn je.

Unter den Verhafteten waren am 1. April

1938 viele prominente und bekannte jüdische Geschäftsleute, wie zum Beispiel der Gewürzhändler Kotanyi, der später auch ermordet wurde. Eine weitere Gruppe kam aus den Reihen der revolutionären Sozialisten. Prominente Namen waren dabei: Franz Olah, Robert Danneberg, Alexander Eifler, Fritz Bock und Stefan Billes. Außerdem wurden Mitglieder der zuletzt autoritär regierenden Vaterländischen Front verhaftet. Auf diese Weise entstand in Dachau der Geist der Lagerstraße, der bis nach dem Ende des Faschismus die Grundlage der Widerstandsorganisationen war.

Heute gibt es die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände, der die Sozialde-

mokratischen Freiheitskämpfer/innen angehören. Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus dem Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen, den WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA), dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en sowie der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennere Österreichs.

Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft legte am Freitag, dem 29. März 2013, um 10 Uhr bei der Gedenktafel am Wiener Westbahnhof einen Kranz nieder. (sk) ■

Die Kämpfer des 12. Februar bleiben Krems, Klagenfurt-Annabichl

FEBRUARGEDENKEN IN KLAGENFURT-ANNABICHL:

Ein Zeichen gegen das Vergessen setzte die SPÖ Kärnten anlässlich der 79. Wiederkehr des 12. Februar 1934. Landesparteivorsitzender LH-Stv. Peter Kaiser gedachte mit zahlreichen Funktionären und Mitgliedern jenes Tages, an dem das Dollfuß-Regime mit Waffengewalt gegen den Republikanischen Schutzbund und die Sozialdemokratie vorging.

„Die Geschichte ist ein Lehrmeister für die Zukunft. Nur wer die Vergangenheit bewältigen kann, ohne sie in die Vergessenheit zu drängen, kann die Zukunft besser meistern“, gab Kaiser bei der Kranzniederlegung am Mahnmal des Friedhofs Annabichl zu bedenken. „Am 12. Februar 1934 wurde vom Austrofaschismus die Demokratie in Österreich mit Waffengewalt ausgelöscht, die Sozialdemokratie verboten, der Ständestaat errichtet und damit indirekt der Weg zur Übernahme Österreichs durch Hitler-Deutschland geebnet“, so Kaiser, der auch daran erinnerte, dass auf Anordnung der Regierung Dollfuß 15 Abgeordneten der SPÖ im Kärntner Landtag ihr Mandat entgegen allen verfassungsmäßigen Grundsätzen aberkannt wurde. „Die Lehre, die sich aus der Geschichte ergibt, ist jene, dass der soziale Friede im Land der wichtigste Faktor für innenpolitische Stabilität sei und aktive Sozialpolitik, gesicherte Arbeitsplätze und eine Grundversorgung aller Menschen die Schwerpunkte einer an den Interessen der Menschen orientierten Politik sein müssen“, so Kaiser.

KOHLEREVIER- HAUSRUCKVIERTEL OÖ:

Einen Tag vor dem 12. Februar fand eine Gedenkveranstaltung im Kohlerevier Hausruckviertel auf dem Gelände

des ehemaligen Arbeiterheimes statt.

Der Landesvorsitzende des Bundes Peter Weidner ging gleich zu Beginn auf die damals mit unfassbarer Brutalität durchgeführten Racheaktionen ein, die bis heute als Synonym für den Ständestaat stehen sollten, und es war ein bis heute ungesühnter Mord, als man sechs Genossen auf die Bühne des Arbeiterheimes stellte und erschoss. Weidner betonte, gerade hier im Hausrucker Kohlerevier fühle er sich unseren Schutzbündlern am nächsten.

Die Gedenkrede hielt Genossin Ulli Hummelbrunner. Ihr gelang es gekonnt, den Bogen von der Vergangenheit zur Gegenwart zu spannen. Sie wies darauf hin, dass es gerade gegen die Gruppe „Objekt 21“ seitens der Behörden ein sehr lasches Vorgehen gegeben habe, und forderte Zivilcourage, wie sie eben jene Kämpfer für Demokratie und Freiheit im Jahr 1934 an den Tag gelegt hatten, von uns allen und auch den zuständigen Behörden ein.

Am 12. Februar begann die Veranstaltung der Landes- und Bezirkspartei alljährlich mit einer Kranzniederlegung bei der Gedenktafel für Anton Bulgari auf dem ehemaligen Polygon-, jetzigen Bulgariplatz. Im Hof des ehemaligen „Hotels Schiff“, wo die Kämpfe ihren Ausgang nahmen, fand anschließend eine Gedenkfeier statt, bei der Landesrat Reinhold Entholzer eine bemerkenswerte Rede hielt, bei der auch er die Lehren aus der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft zog.

Am Abend des 12. Februar fand abschließend unter der Organisation und Mitwirkung der ÖGJ und der oberösterreichischen Freiheitskämpfer/innen eine sehr bewegende Veranstaltung am Grab des standrechtlich gehenkten Anton Bulgari statt.



Hannes Schwantner

Die Gedenkrede hielt hier Günther Hagenauer, der aus dem Standgerichtsprozess gegen Anton Bulgari vorlas und auch auf die Standhaftigkeit jenes Mannes verwies, der vor dem Galgen stehend rief: „Hoch die Sozialdemokratie!“. In Zeiten des Werteverlustes, sollte gerade dies Beispiel für uns sein und Pflicht, uns als Erben dieser Generation zu verstehen. Mit dem Absingen der „Internationale“ wurde diese sehr berührende Veranstaltung abgeschlossen.

INNSBRUCK:

Freitag, den 15. Februar luden der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, das Renner-Institut Tirol und die SPÖ mit ihren Jugendorganisationen zu einem Gedenken an die Ereignisse des 12. Februar 1934. Die Gedenkrede hielt Landtagsvizepräsidentin und SPÖ-Stadtparteivorsitzende Gabi Schiessling.

In ihrer Rede beschäftigte sich Schiessling unter anderem auch mit der Brutalität, mit der Dollfuß, Schuschnigg und die Heimwehr die Demokratie und insbesondere die Sozialdemokratie abschafften. „Wir haben als SozialdemokratInnen dem Anti-Faschismus, einem Herzstück unserer Bewegung, in

der Politik wieder eine stärkere Bedeutung beizumessen. Daher müssen wir unser Gesellschaftssystem solidarischer und gerechter gestalten im Geiste eines menschlichen Miteinanders. Wir müssen gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus deutlichere Zeichen und Gegenpositionen setzen“, führte Schiessling aus.

KREMS:

Traditionell findet das Gedenken an die Opfer des Februar 1934 in Krems beim Koloman-Wallisch-Gedenkstein in der ebenfalls nach ihm benannten Straße im Stadtteil Lerchenfeld statt. Am 19. Februar 1934 wurde der Maurer Koloman Wallisch von den Austrofaschisten in Leoben ermordet. Er war zuvor sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter gewesen. Durch die zahlreichen steirischen Arbeiter, die mit der Schmidhütte nach Krems übersiedelt waren, kam auch die Verehrung für diesen Arbeiterführer nach Lerchenfeld.

Die Kranzniederlegung wurde von der Bezirksgruppe Krems des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en unter ihrem Bezirksvorsitzen-



unvergessen – Gedenkfeiern in Wien, hl, Schwechat, Holzleithen

den GR Mag. Klaus Bergmaier organisiert. Es nahmen u. a. teil: Abg. z. NR Ewald Sacher, SPNÖ-Landesgeschäftsführer Günter Steindl, der Kremser Bürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch, Stadträtin Eva Hollerer, die Lerchenfelder Volksschuldirektorin Michaela Kucher-Kamnik, SPÖ-Bezirksfrauenvorsitzende Andrea Bergmaier sowie die Lerchenfelder Gemeinderäte Thomas Jascha und Werner Stöberl.

SCHWECHAT:

Auf dem Waldfriedhof Schwechat kamen anlässlich der Wiederkehr der Kämpfe im Februar 1934 Sozialdemokraten aus mehreren Bezirken, Freiheitskämpfer/innen (Schwechat, Gänserndorf, Gerasdorf, Mödling), Gewerkschafter, Pensionistenvertreter und weitere befreundete Organisationen zum traditionellen Gedenken vor dem Denkmal gegen Krieg und Faschismus zusammen.

Bezirksvorsitzender LABg. Gerhard Razborcan forderte vor dem Hintergrund der LTW im März 2013 die Möglichkeit rea-

ler politischer Mitbestimmung in NÖ, NR Bgm. Hannes Fazekas trat gegen das Erzeugen von Angst und Extremismus in der Bevölkerung auf und Freiheitskämpfer Alfred Zach erinnerte an den Abbau von Errungenschaften und Rechten durch den Ständestaat vor 80 Jahren.

Der Mödlinger Bgm. a. D., Werner Burg brachte in seiner Gedenkrede einen fundierten Abriss der Geschehnisse bis zum Schicksalsjahr 1934. Aus den Lehren der dramatischen Entwicklungen ergibt sich, dass stabile Verhältnisse nur durch Gewaltverzicht, aber auch Ausgleich zwischen den demokratischen Kräften erreicht werden können. Der Februar 1934 bleibt für die Sozialdemokratie unvergessen und Teil unserer politischen Erinnerungskultur.

WIEN:

Manche WienerInnen, v. a. junge Menschen, fragen uns, wenn wir unserer Opfer der blutigen Kämpfe in den Februartagen 1934 gedenken:

- Warum macht ihr das nach 79 Jahren noch immer?

- Was bedeuten die Februarkämpfe heute?
- Welche Lehren sind daraus zu ziehen?
- Wogegen ist heute Widerstand zu leisten?

Alle, die an uns diese Fragen stellen, erwarten klare Antworten. Auch wir selbst müssen uns diese Fragen immer wieder stellen und beantworten.

Die Reden beim Februargedenken der Wiener Bildung, der Freiheitskämpfer/innen, der Sozialistischen Jugend und der SPÖ Ottakring am 15. Februar 2013 im Wiener Arbeiterbezirk Ottakring, in dem 1934 heftige Gefechte zwischen Schutzbund und Bundesheer bzw. Polizei tobten, gaben dazu Gelegenheit. Es sprachen der Vorsitzende der Wiener Bildung, GR Ernst Woller, der Vorsitzende der Wiener Freiheitskämpfer/innen Prof. Hannes Schwantner in Vertretung des erkrankten Ernst Nedwed, die Vorsitzende der SJ Wien Marina Hanke, BA und der Vorsitzende der SPÖ Ottakring Christian Oxonitsch auch in Vertretung des erkrank-

ten Bürgermeisters Dr. Michael Häupl. Oxonitsch erinnerte zudem an den Ottakringer Volkstribun Franz Schuhmeier, der vor 100 Jahren am 11. Februar 1913 von Paul Kunschak, dem Bruder des christlichsozialen Abgeordneten Leopold Kunschak, nach einer sozialdemokratischen Wahlkundgebung erschossen wurde.

Das Gedenken zum 12. Februar 1934 gilt zuerst dem Gedenken an die im Kampf für die Erhaltung der Demokratie gefallenen Schutzbündler. Ihr Tod ist auch nach 79 Jahren für Sozialdemokraten und Sozialisten Verpflichtung, die soziale Demokratie zu schützen und zu verteidigen. Demokratie und soziale Errungenschaften sind im Kapitalismus nie gesichert. Die historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse und die Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise machen dies erneut für viele Menschen erfahrbar. Wachsende Arbeitslosigkeit, Zunahme der Armut und Abbau von Sozialleistungen treffen in ganz Europa jene Menschen, die die Krise nicht verursacht haben. Politikverdrossenheit und Zorn sind die Folge. Dies nützen rechtsextreme Gruppen und Parteien. Mit ihren lügenhaften Heilsversprechungen erhalten sie Zulauf.

Dem müssen wir mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, mit Beschäftigung schaffenden Zukunftsinvestitionen, mit der Erhaltung und dem Ausbau des Sozialstaats und mit der Erweiterung der Demokratie entschlossen Widerstand entgegensetzen. Dazu müssen mit einer Reichensteuer jene beitragen, die die Profiteure der neoliberalen Politik waren. In diesem Zusammenhang wird das Gedenken an den 12. Februar 1934 zu einem politischen Auftrag und ehrt den Opfertod der Februarkämpfer. ■



Peter Weidner bei der Gedenkstätte in Holzleithen

Agenten – Sozialisten – Freiheitskämpfer

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer hat uns freundlicherweise eine gekürzte Fassung seiner Rezension über Peter Pirkers Buch „Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich“ zur Verfügung gestellt. Daraus geht hervor, dass es einen umfassenden sozialdemokratischen Widerstand gegeben hat, der sich auch gegen Terrormaßnahmen der Kommunisten wehren musste. Im Einzelnen führt Neugebauer aus:

Peter Pirkers Arbeit geht weit über die Österreich-Aktivitäten der SOE hinaus; sie gibt tiefe Einblicke in den österreichischen Widerstand und seine internationalen Verflechtungen und erschließt neue, bislang kaum ausgeleuchtete Dimensionen des Widerstandes. Insbesondere werden neue Erkenntnisse über die Widerstandsbemühungen von österreichischen Sozialisten im Exil und im bewaffneten Kampf vermittelt, aber auch die für die Remigranten bittere Nachkriegsgeschichte in kritischer Sicht dargestellt. Der Autor hat in umfassender Weise bislang unausgeschöpftes Quellenmaterial in in- und ausländischen Archiven erfasst und verwertet und auch die einschlägige wissenschaftliche Literatur rezipiert. Auf der Grundlage dieser selbst recherchierten soliden Quellenbasis untersucht er die Tätigkeit der Austrian Section der Special Operations Executive (SOE), also jener britischen nachrichtendienstlich-militärischen Spezialeinheit, die während des Zweiten Weltkriegs durch Spionage, Propaganda, Sabotage, Kommandounternehmen, Kleinkrieg, Waffenlieferungen für Partisanen u. a. Aktivitäten die deutsche Herrschaft in Europa subversiv bekämpfte. Peter Pirker arbeitet heraus, dass die SOE schon sehr früh, 1940, auf ein unabhängiges Österreich abzielte, um ein poli-

tisch-subversives Mittel zur Zersetzung NS-Deutschlands zu haben und die deutsche Vormacht in Zentraleuropa dauerhaft zu schwächen. Erst später hat auch das Foreign Office diese Politik verfolgt, die schließlich 1943 zur Moskauer Deklaration mit der alliierten Festlegung auf die Wiederherstellung Österreichs führte. In seiner differenzierten Analyse weist Pirker darauf hin, dass der Widerstand in der Moskauer Deklaration zwar gefordert wurde und bei der endgültigen Regelung berücksichtigt werden sollte, jedoch nicht als *Conditio sine qua non* mit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs verknüpft wurde. Diese Formulierungen wurden – unter Weglassung des Mitverantwortungs-Passus – von der österreichischen Nachkriegspolitik für die Jahrzehnte vorherrschende „Opfertheorie“ instrumentalisiert.

Da die SOE unter der Leitung des Sozialisten Hugh Dalton stand, gab es Kooperationen mit einem breit gestreuten politischen Spektrum von Hitlergegnern in Europa bzw. im Exil, die auf die Schaffung eines „europäischen Widerstands“ abzielten. Als einer der Führungsoffiziere der Austrian Section fungierte der bekannte, mehrere Jahre als Korrespondent in Wien tätige und hier zum Sozialisten mutierte Journalist George Eric Rowe (G. E. R.) Gedye, der mit seiner noch 1939 publizierten Darstellung „Fallen Bastions“ („Die Bastionen fielen“) ein geradezu klassisches Werk über den Untergang Österreichs und der ČSR 1938 geschaffen hatte.

Gedye unterstützte die Tätigkeit österreichischer Exilgruppen in Großbritannien, insbesondere die ihm nahestehenden Sozialisten und Gewerkschafter, u. a. (den früheren und nachmaligen Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung) Oscar Pollak und Franz Novy, um auf diese Weise einen demokratischen und prowestlichen Gegenpol zu den Kommu-

nisten zu bilden. Die Sozialisten Stefan Wirlandner und Karl Hans Sailer rekrutierte er als Mitarbeiter für seine Abteilung. Gedye verfolgte das Konzept einer „europäischen Revolution“; der mit Gedye kooperierende Oscar Pollak vom London Bureau der österreichischen Sozialisten sprach von der „Schaffung einer fünften Kolonne der Freiheit“. SOE-Kommandos sollten nach Österreich vordringen, Kontakte zu NS-Gegnern knüpfen, Sabotage und Desertionen anleiten, Verbindungslinien herstellen und subversives Propagandamaterial einschmuggeln. Die Aktivisten – es waren nur Männer – wurden aus Exilanten, Deserteuren und Kriegsgefangenen rekrutiert. Auf die einzelnen Stützpunkte, Verbindungen und Aktivitäten der Austrian Section in der Türkei, Schweiz und Schweden wird im Detail eingegangen. Pirkers kritische Bemerkungen zu antisemitischen Vorurteilen innerhalb der SOE sollen nicht unerwähnt bleiben.

Ausführlich behandelt Pirker die Mission „Clowder“ unter der Leitung des Major Peter Wilkinson (später Botschafter in Wien), deren Ziel die Bildung einer Widerstandsgruppe unter britischer Anleitung war, die nach Österreich vorstoßen sollte. Die befreiten Partisanengebiete in Slowenien und NO-Italien sollten als Einfallstore dienen. Das im Oktober 1944 abgesetzte SOE-Kommando um Wolfgang Treichl, einem bürgerlichen Antinazi und Österreich-Patrioten, Bruder des langjährigen CA-Generaldirektors, wurde schon bei der Landung zerschlagen und Treichl erschossen. Der militante Sozialist und gleichfalls patriotische Hubert Mayr, ein Tiroler Spanienkämpfer mit SOE-Einsatzenerfahrungen in Nordafrika, konnte mithilfe einheimischer Widerstandskämpfer, u. a. des Villachers Georg Dereatti, in der zweiten Hälfte 1944 eine größere Widerstandsgruppe in Osttirol/Kärnten aufbauen,

die jedoch Ende 1944/Anfang 1945 von der Gestapo und einheimischen Sicherheitskräften zerschlagen wurde; Hubert Mayr blieb verschollen. Auch der im Februar 1945 in der Steiermark abgesetzte Agent Michael O'Hara (Egon Friedrich Berliner) wurde verhaftet und von der Gestapo ermordet. Die mangelnde Unterstützung durch die weiterhin regimeloyale oder zutiefst eingeschüchterte Bevölkerung sowie der Fall der Stützpunkte in NO-Italien, nicht zuletzt auch das perfekte Funktionieren des NS-Repressionsapparates und die dadurch erlittenen schmerzlichen Opfer ließen die SOE von weiteren derartigen Aktionen in diesem Raum Abstand nehmen.

Die zweite Schiene der SOE zum Eindringen nach Österreich lief über die slowenischen Partisanen in Kärnten, bei denen britische Verbindungsoffiziere mitkämpften und das Terrain sondierten. So sehr Pirker den slowenischen Partisanenkampf als wichtigen Teil des Widerstands würdigt, so wenig verschließt er die Augen vor negativen Seiten. In aller Deutlichkeit arbeitet er die Ermordung des britischen Verbindungsoffiziers Alfgar Hesketh-Prichard und die weitreichenden Hintergründe dieser Untat heraus. Er wurde im Dezember 1944 von zwei slowenischen Mitkämpfern auf der Saualpe auf Befehl des Sekretärs der KP Sloweniens und Kriegsministers Franc Leskošek („Luka“) skrupellos ermordet, weil die Partisanenführung die auf Förderung österreichischer Widerstandskämpfer orientierte Politik des Briten als Gefährdung ihrer slowenisch-revolutionären Zielsetzungen ablehnten und dies mit allen Mitteln verhindern wollten. Pirker sieht darin „eine für die kommunistische Bewegung selbst fatal gewordene Kultur von Feindidentifizierung, Hörigkeit und kalter politischer Gewaltanwendung“. Er interpretiert die brutale Vorgangsweise

der Partisanenführung aber nicht nur als Übernahme stalinistischer Praxis, sondern auch in Zusammenhang mit der Geopolitik des Widerstands als Zusammenstoß der machtpolitischen Interessen des von der SU gestützten Tito-Jugoslawiens und der KPÖ auf der einen und Großbritanniens mit seinen Bestrebungen zur Aufrichtung eines eigenständigen, mit dem Westen verbundenen österreichischen Widerstands auf der anderen Seite. Obwohl die SOE die slowenischen Partisanen 1944 großzügig mit Waffen- und Materiallieferungen versorgt und zu deren Erfolg beigetragen hatte, entstand hier – nach Pirkers Einschätzung – „eine destruktive Konkurrenz, die bereits die große geopolitische Auseinandersetzung zwischen West- und Ostblock im frühen Kalten Krieg in sich trug“. Dieser Interessenkonflikt kam in Kärnten nach dem 8. Mai 1945 offen zum Ausbruch.

Am erfolgreichsten bewertete die SOE, aber auch Pirker die im April 1945 im Hölleengebirge abgesetzte Gruppe „Ebensburg“ unter der Leitung des nachmaligen SPÖ-Abgeordneten Albrecht

Gaiswinkler. Dieser Kampfgruppe gelang es, in Zusammenwirken mit einheimischen Widerstandskämpfern im Salzkammergut Einfluss auf das politische und militärische Geschehen in der Zusammenbruchphase des NS-Regimes zu gewinnen, zur (viel umstrittenen) Rettung der europäischen Kunstwerke im Salzbergwerk Alt-Aussee beizutragen, an der Aufspürung von hochrangigen NS-Funktionären wie Ernst Kaltenbrunner mitzuwirken und entscheidende Machtpositionen im Ausseer Raum zu übernehmen.

Bei aller grundsätzlichen Parteinahme für die Kräfte des Widerstands ist Pirkers Darstellung nicht apologetisch, wie bereits die ungeschminkte Darstellung der Ermordung Hesketh-Prichards zeigt. Pirker hinterfragt kritisch auch die Erzählungen verdienter Widerstandskämpfer wie Fritz Molden, dessen übertriebene Berichte an den amerikanischen Kriegsgeheimdienst OSS über die Stärke des österreichischen Widerstands bei der SOE auf große Skepsis stießen.

Das von Pirker gezeichnete Nachkriegsschicksal der in Öster-

reich verbliebenen SOE-Agenten, das die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegelt, ist deprimierend; denn Anerkennung, Würdigung und Dank für ihren lebensgefährlichen Einsatz zur Befreiung Österreichs blieben aus, während gleichzeitig Nazis, Wehrmachts- und SS-Kriegsveteranen sowie Kriegsverbrecher wie Walter Reder hofiert wurden. Deserteure, Überläufer und alliierte Soldaten und Offiziere wurden in weiten Kreisen als „Verräter“ angesehen. Die SPÖ-affinen SOE-Mitarbeiter Stefan Wirlander und Walter Hacker machten zwar eine Nachkriegskarriere als Ökonom (stellvertretender Generaldirektor der Nationalbank) bzw. Journalist (Leiter der Sozialistischen Korrespondenz), doch vermieden sie es, ihre Tätigkeit für SOE und den österreichischen Widerstand zu erwähnen oder sich um ein politisches Mandat zu bewerben (weil dies der SPÖ offenbar in der Öffentlichkeit/ bei Wahlen geschadet hätte). Im Kampf gefallene Freiheitskämpfer wie Wolfgang Treichl oder Hubert Mayr wurden erst in den letzten Jahren gewürdigt.

Die Fülle der von Pirker präzise

herausgearbeiteten Sachverhalte und biografischen Angaben ist ebenso beeindruckend wie die Qualität seiner Analysen. Widerstand, NS-Herrschaft und alliierte Kriegsführung sowie deren Folgen für die Nachkriegszeit werden in einen Gesamtzusammenhang gestellt und interpretiert. Zu Recht hat Oliver Rathkolb in seinem Vorwort von einer „zeitgeschichtlichen Spitzenarbeit“ gesprochen. Das DÖW hat die dem Werk zugrunde liegende Dissertation mit dem Herbert-Steiner-Preis ausgezeichnet. Wer sich mit Widerstand, NS-Herrschaft und den damit zusammenhängenden Nachkriegsproblemen beschäftigt, wird an diesem Standardwerk nicht vorbeigehen können. Ich empfehle dieses großartige Werk allen Interessierten zur Lektüre. ■

Wolfgang Neugebauer

Peter Pirker, Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich (= Zeitgeschichte im Kontext, hg. von Oliver Rathkolb, Bd. 6), Göttingen 2012, V&R unipress, 583 S., ISBN 978-89971-990-1

Was bleibt von der SHOAH?

In diesem im Jahr 2012 erschienenen Werk der Autoren Maria Halmer, Anton Pelinka und Karl Semlitsch kommen Überlebende des Holocaust, wie die berühmte Autorin Ruth Klüger, zu Wort, die eine authentische und erschütternde Berichterstattung über ihre Erlebnisse in der NS-Zeit in den Konzentrationslagern und ihrem Leben danach den Lesern dieses Buches liefern.

Dabei stellt sich für uns alle, die sich mit dem Thema Nazi-Verbrechen und Rehabilitation der aus dieser Zeit des Schreckens herrührenden Opfer und deren Hinterbliebenen befassen, die Frage, wie sich die Bedeutung des sich Erinnerns an den Holocaust und die Shoah auch für kommende Generationen nach dem Ableben der letzten Zeitzeugen lebendig erhalten lässt. Oder eben anders gefragt: „Was bleibt uns und unseren Nachkommen von der Shoah?“

Eine wichtige Rolle im Weitertragen dieser Aufgabe des Gedenkens und der Erinnerung

an so viele Millionen an aus vorwiegend politischen, ethnischen und rassischen Gründen ermordeten Menschen kommt AMCHA Österreich, dem Komitee zur Förderung der psychosozialen Betreuung von Überlebenden des Holocaust in Israel, zu. Diese Organisation fühlt sich besonders der Stockholmer Erklärung über den Holocaust verpflichtet, in der es heißt, dass „der Holocaust für immer in unserem kollektiven Gedächtnis verankert bleiben muss. Ebenso nimmt sich ESRA, eine jüdische Wohlfahrtseinrichtung, dieser Aufgabe an und betreut mit Rat und Tat Opfer der Shoah und deren Familien. In der jüdischen Religion und der damit verbundenen Kultur ist das Erinnern ein religiöses Gebot, eben eine Mitzwa. Somit wäre das Vergessen so schrecklicher Ereignisse wie die des Holocaust eine Sünde gegen Gott und würde mit der Wiederkehr von Unmenschlichkeit und neuen Katastrophen bestraft werden.

Daher steht über dem gesamten Werk „Was bleibt von der SHOAH?“ das Motto: „Niemals vergessen! Wehret den Anfängen!“

In den im Buch erschienenen Beiträgen von den verschiedenen Autoren, wie der bereits genannten Autorin Ruth Klüger, Heinrich Neisser, Barbara Prammer, Anton Pelinka, Hans Rauscher, Hannah Lessing, Yariv Lapid, Brigitte Bailer und vielen anderen kommt der Gedanke des Wachhaltens der Erinnerung an die Shoah stets zum Ausdruck.

Gesamt gesehen ist das Buch ein unverzichtbarer Beitrag zur Vergangenheitsaufarbeitung. ■

Lilly Lizen

Was bleibt von der SHOAH?

Hrsg. Anton Pelinka u. a.

2012, new academic press, 282 Seiten

ISBN 9783700318033, € 27,-

Endlich: Gedenkstätte für die KZ-Opfer am Loibl-Pass

DIE VORGESCHICHTE:

Die alte Pass-Straße über den Loibl war die wichtigste Verbindung zwischen Kärnten und Slowenien. Sie hatte eine Steigung von 28 Prozent, schlängelte sich mit 13 Serpentinauf eine Seehöhe von 1.367 m, war im Winter oft gesperrt und für damalige Fahrzeuge nur schwer befahrbar. Mit dem Überfall Jugoslawiens durch Nazideutschland im April 1941 und dem sich ausbreitenden Krieg auf dem Balkan erlangte die Straße über den Loiblpass für den deutschen Nachschub eine zentrale, kriegswichtige Bedeutung. Die schwierige und nicht immer gegebene Befahrbarkeit der Straße führte bereits im Mai 1941 zu Planungsarbeiten für einen leistungsfähigen und wintersicheren Straßentunnel. Der in der Region aufflammende Partisanenwiderstand gegen die NS-Herrschaft führte zu einem verzögerten Baubeginn. Erst Anfang 1943 kam es zum Abschluss des Bauvertrags zwischen der Firma Universale Hoch- und Tiefbau AG als Generalunternehmen und der SS. Die schweren deutschen Truppenverluste

im Kriegswinter 1942/43 wurden durch massive Wehrmachtseinzüge jüngerer und älterer Jahrgänge ausgeglichen. Dadurch verschärfte sich die Arbeitskräfteknappheit enorm. Um den Loibl-Tunnel voranzutreiben, griff das NS-Regime auf Häftlinge des KZ Mauthausen zurück. Zwei Außenlager, das KZ Loibl Süd und anschließend das KZ Loibl Nord wurden errichtet. Der Tunnelanschlag erfolgte am 29. März 1943, zunächst noch mit zivilen Bergarbeitern. Ab Juli 1943 kamen KZ-Häftlinge beim Tunnelbau zum Einsatz. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge waren durch Hunger, schwerste Arbeit im Schichtbetrieb ohne Erholung, Kälte im Winter, Prügel und Schikanen durch brutale Kapos und Erschießungen durch die SS-Wachmannschaften geprägt.

2013: ENDLICH EINE WÜRDIGE GEDENKSTÄTTE

70 Jahre nach den ersten Häftlingstransporten vom Stammlager Mauthausen in das KZ Loibl Süd wird auf Kärntner Seite, am Nordportal des Loibl-Tunnels, eine würdige

Gedenkstätte für die Opfer der zur Sklavenarbeit gezwungenen KZ-Häftlinge errichtet. Um die Errichtung dieser Gedenkstätte hat sich das Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška unter Universitätsprofessor Peter Gstettner gegen zähen Widerstand des offiziellen Kärntens jahrelang bemüht. Während in Slowenien bereits in den 50er Jahren NS-Tatorte zu nationalen Gedenkstätten erklärt wurden und Slowenien auf der Südseite des Tunnels eine repräsentative Gedenkstätte errichten ließ, blieb in Kärnten das KZ Loibl Nord bis 1995 ein weißer Fleck. Es gab weder historische Forschungen noch deutschsprachige Publikationen zum KZ-Geschehen am Loiblpass. Erst 1994/95 wurde der „Schweigekonsens“ durch eine Gruppe engagierter Wissenschaftler der Universität Klagenfurt gebrochen. Sie gründeten „Mauthausen Aktiv Kärnten/Koroška“ (heute: Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška) und begannen mit der Aufarbeitung und öffentlichen Thematisierung der Geschichte der NS-Tatorte in Kärnten. 2008 führte das Bundesdenkmalamt erst-

mals Freilegungsarbeiten und Sondierungsgrabungen auf dem ehemaligen KZ-Areal Loibl Nord durch. Doch noch 2009 glänzten freiheitliche und ÖVP-Landespolitiker bei einer Gedenkveranstaltung mit Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und seinem slowenischen Amtskollegen Danilo Türk durch Abwesenheit. LH Dörfler war auf Urlaub, sein damaliger Stellvertreter Uwe Scheuch fand die Auswilderung von Bartgeiern „in dem Moment wichtiger für mich“.

Die Bauarbeiten an der Gedenkstätte am ehemaligen NS-Tatort KZ Loibl Nord werden bis Anfang Juni abgeschlossen sein und am 8. Juni 2013 wird eine internationale Gedenkfeier am Loibl-Nordportal stattfinden. Mit dieser Gedenkstätte wird nicht nur an die Opfer der Nazi-Barbarei würdevoll erinnert, sondern es wird ein Lern-Ort geschaffen, der dazu beitragen wird, der jungen Generation die Aneignung der Geschichte zu erleichtern und die Erinnerungsarbeit für eine bewusste Demokratie- und Toleranz-erziehung zu unterstützen. ■

Ali Koblbacher

BürgerInneninitiative gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit aktiv

Der letzte Sicherheitsbericht zeigt auf, dass die Zahl rechtsextremer, neonazistischer und rassistischer Bedrohungen, Übergriffe und Gewalttakte von Jahr zu Jahr zunimmt. Immer mehr



Menschen wollen dies nicht tatenlos hinnehmen und werden aktiv. Eine „Bürgerinitiative gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie“ hat kürzlich ihre Forderungen an Parlamentspräsidentin Dr. Barbara Prammer übergeben. Die Initiative der „Gruppe gegen Rechts“, eines Zusammenschlusses von AktivistInnen innerhalb der Wiener Sozialdemokratie, fordert unter anderem die rasche Beschlussfassung eines bundesweiten

Antidiskriminierungsgesetzes, das auch im privaten Bereich den Schutz vor Diskriminierung und Rassismus bietet, wie das schon jetzt bei Diskriminierungen in der Arbeitswelt der Fall ist. Sie fordert insbesondere die Förderung von bewussteinbildenden Maßnahmen für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben.

Die Forderungen der „Bürgerinitiative gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie sowie gegen Homophobie“

sind im Volltext unter www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/BI/BI_00057/index.shtml abrufbar.

Außerdem ist es möglich, auf www.vielegesichter.at Unterstützungserklärungen abzugeben.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen lädt seine Mitglieder ein, der Bürgerinitiative mit Unterstützungserklärungen ihre Solidarität zu bekunden. ■

Ludwig: Gedenken an drei Widerstandskämpfer im Robert-Uhler-Hof

Erinnerung an die Freiheitskämpfer Leopoldine Padaurek, Franz Sebek und Ferdinand Platzer mit einem Antifaschismus-Projekt von Siemens-Lehrlingen

Am 12. März jährt sich der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und die darauffolgende Machtübernahme der Nationalsozialisten zum 75. Mal. Lehrlinge der Firma Siemens ergriffen zur Erinnerung an die Freiheitskämpferin Leopoldine Padaurek sowie die Freiheitskämpfer Franz Sebek und Ferdinand Platzer die Initiative und gestalteten eine Gedenktafel als sichtbares Zeichen der tiefen Wertschätzung. Die drei Widerstandskämpfer waren bei den Siemens-Schuckert-Werken beschäftigt, die sich vormals anstelle des in den 70er Jahren errichteten Robert-Uhler-Hofs in der Leopoldstädter Engerthstraße 150 befunden hatten. Während des Nazi-Regimes wurden sie im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Wohnbaustadtrat Michael Ludwig, Bezirksvorsteher Gerhard Kubik, Hannes Schwantner, Wiener Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, und Lehrlingsvertreter Sascha Ernszt enthüllten am 6. März im Rahmen eines Festaktes die Gedenktafel im Robert-Uhler-Hof.

„Ihren mutigen Kampf für Freiheit und Demokratie mussten Leopoldine Padaurek, Ferdinand Platzer und Franz Sebek mit dem Leben bezahlen. Ihr Schicksal steht für Millionen von Menschen, die während der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden. Wir dürfen niemals vergessen und müssen die Erinnerung an Menschen, die sich entschlossen gegen dieses totalitäre Regime gestellt haben, wachhalten. Wir sind den Opfern, ihren Angehörigen und den zukünftigen Generationen gegenüber verpflichtet, Demokratie, Menschenwürde und Meinungsfreiheit zu verteidigen und zu schützen“, so Stadtrat Michael Ludwig.

Bezirksvorsteher Gerhard Kubik erinnerte daran, dass es vor allem für die Leo-

poldstadt wichtig sei, die Gräueltaten der Nazi-Gewaltherrschaft nicht zu vergessen: „Unser Bezirk war mit am stärksten vom Terror des NS-Regimes betroffen, weil vor allem viele jüdische Bezirksbewohnerinnen und Bezirksbewohner im Dritten Reich vertrieben oder grausam ermordet wurden.“

„Dieses Projekt zeigt deutlich, dass sich die Jugend diesem dunklen Kapitel unserer Geschichte nicht verschließt. Mit geschichtlichen Bezügen werden Lehrlinge während ihrer Ausbildung zwar nicht unmittelbar konfrontiert, aber die Siemens-Lehrlinge haben mit ihrer vorbildlichen Initiative deutlich gemacht, dass junge Menschen sich sehr wohl diesem Thema stellen und

sich bewusst damit auseinandersetzen. Nur gemeinsam mit der Jugend ist es möglich, gegen faschistische oder rechtsradikale Strömungen entschieden aufzutreten“, hielt Hannes Schwantner fest.

„In Zeiten, in denen die rechtsextremen Lager in und um Europa leider wieder größer werden, ist es wichtig, dass junge Leute an Zeiten erinnern, die nie wieder passieren dürfen! Es ist schön, in einem Land zu leben, in dem man Kritik öffentlich äußern kann, ohne Angst haben zu müssen“, erklärte Sascha Ernszt, Jugendvertrauensperson bei Siemens, stellvertretend für alle am Projekt beteiligten Lehrlinge.

(rk)



Ein Projekt der Siemenslehrlinge mit Stadtrat Ludwig, Hannes Schwantner und GR Gerhard Kubik

Mit Otto-Bauer-Plakette geehrt

Für ihre Verdienste und ihren außergewöhnlichen persönlichen Einsatz im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus erhielt die ehemalige Innsbrucker SPÖ-Gemeinderätin Sigrid Marinell die höchste Auszeichnung des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, die Otto-Bauer-Plakette. Sigrid Marinell engagierte sich mehr als 30 Jahre in der Sucht- und Erziehungsberatung, war als Landtagsabgeordnete und als Gemeinderätin von Innsbruck

unermüdlich im Sozialwesen tätig. Sie hatte auch Zeit für Mitarbeit in der AIDS-Hilfe, in der MigrantInnen-Beratungsstelle und war Mitbegründerin des bundesweiten Arbeitskreises für Drogenarbeit.

„Sigrid Marinell hat mit Herz, Hirn und Ohr für die Schwachen, Verachteten, für die Schwächsten der Gesellschaft gearbeitet – somit ein perfektes sozialdemokratisches Engagement“, betonte Helmut Muigg, Vorsitzender der FreiheitskämpferInnen in seiner Laudatio. ■



Gabi Schiessling und Helmut Muigg ehrten Sigrid Marinell (Mitte) mit der Otto-Bauer-Plakette

Karl Blecha ist 80 – gut, dass es ihn gibt

Während andere ehemalige Politiker sich längst zur Ruhe gesetzt haben, ist Charly Blecha heute noch immer im politischen Leben aktiv – Pensionistenpräsident und als Mitglied des SPÖ-Parteipräsidiums.

Zuletzt übernahm er auch die Koordination für ein neues Parteiprogramm, wobei im zugutekommt, dass er schon 1978 als geschäftsführender Parteivorsitzender das letzte große Programm unter Bruno Kreisky zustande gebracht hat.

Es kommt ihm aber auch zugute, dass er mit der Jugend gut kommunizieren kann und damit generationsübergreifend arbeitet.

Wir Freiheitskämpfer/innen haben mit Charly Blecha immer eine gute Verbindung gehalten. Ich persönlich freue mich darüber, dass er mich in seinem Buch zum 75. Geburtstag als jenen



Genossen beschreibt, der ihn in die Basisorganisationen der Jugend eingeführt hat.

Wir wünschen ihm zum 80. und Hannes Androsch zum 75. Geburtstag noch viele Jahre der Mitarbeit im Geiste der Kreation und vor allem ihrer Erfahrung. ■

Ernst Nedwed

Wir gratulieren: Jänner bis März 2013

Zum **96. Geburtstag:** Otto Libal, Linz. **95. Geburtstag:** Rene Spacek, Wien. **94. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Fritzi Probst, Wien; Lona Murowatz, Wiener Neustadt. **93. Geburtstag:** Karl Steinocher, Salzburg. **92. Geburtstag:** Kurt Stättner, Hinterbrühl; Anneliese Albrecht, Josef Staribacher, Wien. **91. Geburtstag:** Walter Fischer, Baden; Helene Gratzl, Eggendorf; Margarethe Gruber, Salzburg; Eduard Bruckner, Siegfried Gruber, Herta Kleedorfer, Helene Neuhaus, Rudolf Neumann, Johann Ploderer, Maria Schweidler, Wien. **90. Geburtstag:** Magdalena Artner, Forchtenstein; Johann Rihacek, Retz; Josefine Trappl, St. Georgen/Steinfeld. **85. Geburtstag:** Josef Dragschits, Klingenbach; Helmut Kahlhammer, Leoben; Helga Gomez, Linz; Josefine Oswald, Tragöß; Fritz Hofmann, Paula Huber, Franz Jaska, Edith Kummer, Walter Seiler, Wien. **80. Geburtstag:** Johann Besin, Fischamend; Klara Tschugg, St. Johann/Tirol; Amand Kysela, St. Pölten; Walter Doblinger, Hans Obendorfer, Eveline Pillwatsch, Erich Trimmel, Wien. **75. Geburtstag:** Gerhard Hofbauer, Breitenfurt; August Zehetner, Haid bei Ansfelden; Alois Karner, Lanzenkirchen; Theodor Feher, Müllendorf; Rupert Hammer, Egon Mautner, Josef Scheidl, Johann Sevcik, Margarete Wüttrich, Wien; Heinrich Hofbauer, Windischgarsten; Georg Hold, Zwölfaxing.

Neue Gedenktafel für NS-Opfer am Landesgericht in Klagenfurt

Die Zeit der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft in Kärnten ist noch immer nicht zur Gänze aufgeklärt und aufgearbeitet, was insbesondere für die NS-Justiz zutrifft. Im Rahmen dieser Justiz spielte das Klagenfurter Landesgericht eine für die Angeklagten tragische Rolle. Hier saß u. a. der gefürchtete Volksgerichtshof-Präsident Dr. Roland Freisler über Menschen zu Gericht und verurteilte sie zum Tode. Unter ihnen stehen insbesondere die Fälle der 13 Enthaupteten aus Zell/Sele und der Familien Ročičjak aus St. Kanzian/Škocijan und Mičej aus St. Veit im Jauntal/Šentvid v Podjuni hervor. Die Erwähnten waren allesamt Kärntner Sloweninnen und Slowenen und vor der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich ös-

terreichische StaatsbürgerInnen. Sie stammten aus fleißigen Bauern- bzw. Arbeiterfamilien von gutem Ruf, die meist über mehrere Generationen in diesem Gebiet ansässig waren und entscheidend zum guten, überwiegend christlich fundierten gesellschaftlichen Bild der Region beigetragen haben. Menschen, die sich (wie die verurteilten Bürger von Zell/Sele) dem Dienst in der deutschen Wehrmacht entzogen bzw. den Widerständigen Beihilfe leisteten, wurden vom NS-Regime im Allgemeinen unbarmherzig verfolgt und drakonisch bestraft.

Im Nachkriegsösterreich wurden Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und andere Verfolgte der NS-Justiz (auch NS-Militärjustiz) jahrzehntelang als Verräter und Feiglinge beschimpft und ausgegrenzt. Bis

gegen Ende der 1990er Jahre blieben diese Opfer in einem gesellschaftlichen Randbereich; das Problem wurde tabuisiert, die Tat oftmals geschmäht. Daran änderte sich letztlich auch nichts, als in einer vorbildlichen Aktion des Herrn Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger dieser die in der NS-Urteilswirkung ausgesprochene „Ehrlosigkeit“ der Opfer relativierte und ihnen 1978 in der Gedenkveranstaltung am Landesgericht Wien „die Würde eines ehrenden Gedenkens durch die Republik“ zuerkannte.

Erst die Rechtswendung des Aufhebungsgesetzes 2009, dessen Genese einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren umspannt und mit mehreren wissenschaftlichen Fachtagungen, Forschungsarbeiten und parlamentarischen Diskussionen ab-

gesichert erscheint, signalisiert einen Paradigmenwechsel in der rechtsstaatlichen Einordnung dieser NS-Opfer, deren Rehabilitation – ausgelöst durch den „Fall Jägerstätter“ (Oberösterreich) und den „Fall Uran“ (Kärnten) – nunmehr posthum möglich ist.

Die neue Gedenktafel in Klagenfurt beinhaltet neben der Erinnerung an die tragischen Schicksale die Mahnung, dass die Justiz und die Rechtsprechung in unserem Staat niemals wieder als Instrumentarium der politischen, ethnischen und ideologischen Gewalt und als rechtliches Fundament der Menschenvernichtung missbraucht werden dürfen. An diesem Ort angebracht, entsteht aus ihr humanitäre Vorbild- und Symbolwirkung.

Vinzenz Jobst

Jarolim schrieb offenen Brief an Viktor Orbán

SPÖ-Justizsprecher bittet in einem offenen Brief, dass Orbán auf den Pfad der Demokratie zurückkehren möge. Antisemitische und antiziganistische Hetze dürfe nicht toleriert werden. Dass Orbán die antisemitische Kundgebung am 21. April mittlerweile verurteilt, „ist ein Schritt in die richtige Richtung“.

Sehr geehrter Herr Premierminister, als Mitglied des österreichischen Parlaments und Justizpre-

cher der Sozialdemokratischen Partei möchte ich meiner tiefen Besorgnis Ausdruck verleihen. Die Beschneidung der Rechte des Verfassungsgerichtshofs ist in dieser Form für ein Mitglied der Europäischen Union nicht akzeptabel. Eine Regierung mit Verfassungsmehrheit trägt gleichzeitig die Verantwortung, im Sinne des Rechtsstaates und der Demokratie zu handeln. Diese Macht darf nicht dazu missbraucht werden,

die Grenzen des demokratischen Europas zu testen oder gar zu überschreiten.

Jede politische Partei, die Regierungsverantwortung übernimmt, möchte natürlich ihr eigenes politisches Programm umsetzen. Dies hat aber innerhalb bestimmter, demokratischer Grenzen zu geschehen. Die Rechte des Verfassungsgerichtshofes zu beschneiden, ist definitiv nicht innerhalb dieser Grenzen. Um die

Verfassungsmäßigkeit in Ungarn wiederherzustellen, bitte ich Sie ausdrücklich, die Änderungen zurückzunehmen. Außerdem sollten Ehrungen für Antisemiten dringend rückgängig gemacht werden. Ich bitte Sie auch, streng gegen antisemitische Kundgebungen wie jene, die „Adj Gázt“ am 21. April geplant hat, vorzugehen. (sk)

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Hannes Jarolim

Gerald Klug als neuer Verteidigungsminister vorgestellt

Bundeskanzler Werner Faymann hat den künftigen Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug, bisher SPÖ-Fraktionsvorsitzender im Bundesrat, gemeinsam mit dem scheidenden Ressortchef Norbert Darabos präsentiert. Klug kündigte an, an der Beibehaltung und Attraktivierung des Präsenzdienstes,

für die sich die Bevölkerung ausgesprochen hat, weiterzuarbeiten sowie das neue Sportförderungsgesetz umzusetzen. Klug, der seinen Präsenzdienst in Klagenfurt und Graz abgeleistet hat, sagte: „Ich möchte am Zeitplan festhalten, um erste konstruktive Verbesserungen des Präsenzdienstes bereits im Herbst gelten zu lassen.“

Klug wird Darabos' Leistungen zielstrebig weiterführen.

Seinen besonderen Dank sprach der Bundeskanzler Minister Darabos, der zum neuen Bundesgeschäftsführer der SPÖ bestellt wurde, aus: „Ich bin froh darüber, dass Norbert Darabos dieses Ressort geführt hat.“ Er hat viel geleistet und Reformen ein-

geleitet, die Klug „mit politischer Erfahrung, Zielstrebigkeit und politischen Managementfähigkeiten“ erfolgreich weiterführen wird. (sk)

Wir freuen uns, dass beide Genossen, Klug und Darabos, mit den Freiheitskämpfern eng zusammenarbeiten.

Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände erinnerte an den März 1938: Niemals vergessen!

Die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände wendet sich anlässlich des 75. Jahrestages der von innen und außen betriebenen nationalsozialistischen Machtübernahme, Okkupation und Annexion Österreichs an die Öffentlichkeit, um der Opfer dieses Gewaltaktes zu gedenken.

Wengleich die Fehler der damaligen Bundesregierung sowie die Haltung von Teilen der österreichischen Bevölkerung zur Katastrophe mit beitrugen, waren die Brutalität, mit der die Organe der Gestapo, die bereits

dem Einmarsch der Hitlertruppen vorausgeeilt waren, ihre Verhaftungslisten abarbeiteten, und der Terror der österreichischen Nazis grenzenlos.

Die ersten Opfer waren prominente Österreicher, politische und jüdische Funktionäre sowie Wirtschaftstreibende und Künstler. Am 1. April 1938 wurde ein Transport nach Dachau zusammengestellt, der aus 150 Nazigegnern aller Fraktionen, sowohl der Vaterländischen Front als auch der Mitglieder der in Österreich seit 1934 verbotenen Sozialdemokraten und

Kommunisten, bestand. Der Transport, der am Westbahnhof abgefahren ist, wurde von einer NS-Einheit begleitet, die durch ihre brutalen Methoden berüchtigt gewesen ist. Eine Gedenktafel der Arbeitsgemeinschaft ist diesem Verbrechen gewidmet, die nunmehr an

prominenter Stelle am Wiener Westbahnhof angebracht ist. So hat jeder Zugreisende auch die Möglichkeit, den Text zu lesen.

Wichtig ist vor allem, dass die Jugend nicht vergisst, was damals im März 1938 geschehen ist, denn das darf sich nicht wiederholen.

Einen besonderen Dank entbietet die Arbeitsgemeinschaft dem Bundespräsidenten und der Bundesregierung dafür, dass der 12. März 1938 mit seinen Folgen so in den Mittelpunkt einer geschichtlichen Betrachtung gestellt wird, dass er nicht vergessen werden kann.

Herzlichen Dank gebührt der Bundesregierung für die Schaffung einer nationalen Gedenkstätte in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes. Dort sind mehr als tausend Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer beerdigt, die vom sogenannten Volksgerichtshof und Sondergerichten zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht hingerichtet wur-

den. Außerdem sind auch die Opfer der NS-Militärjustiz, die am Schießplatz Kagran ermordet wurden, beigesetzt. Außerdem wurde in die Gedenkstätte auch Erde aus verschiedenen ehemaligen Konzentrationslagern zu gebracht.

Es wird dies ein Objekt des Lernens für die Jugend sein, an dem sie sehen kann, welche Opfer für Österreichs Freiheit und Selbständigkeit erbracht wurden.

Für die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände

Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA), Dr. Winfried Garscha

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed

ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner Österreichs, KommR Dr. Gerhard Kastelic



N. Kastelic, H. Schwantner, E. Wolrab

Gedenken an gefallene Kärntner Partisanen

In gewissen „heimattreuen“ Kreisen Kärntens wird über den Kampf der Kärntner Partisanen gegen das Naziregime im 2. Weltkrieg nicht gerne gesprochen, und wenn, dann mit Worten, wie sie die damalige Nazipropaganda vorgegeben hatte. Dass die „Banditen“ und „feigen Vaterlandsverräter“, wie man damals hasserfüllt die Partisanen nannte, für die Befreiung ihrer Heimat und die Wiedergeburt eines freien und demokratischen Österreich kämpften und starben, wurde selbst von der Landespolitik lange Jahre kaum gewürdigt, zumeist aber verdrängt und verschwiegen. Der stärkste und effizienteste

militärische Widerstand von ÖsterreicherInnen gegen die Nazitruppen wurde von den in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee kämpfenden Kärntner Partisanen geleistet.

Wer waren diese Kärntner Partisanen? Als im April 1942 die Nazis 227 Slowenisch sprechende Familien von ihren Bauernhöfen vertrieben und in deutsche Arbeits- und Konzentrationslager deportierten, formierte sich Widerstand gegen die Unterdrücker. Junge Männer entzogen sich der Wehrpflicht, junge Frauen der Deportation und flüchteten zu den Partisanen. Auch Wehrmachtssoldaten

auf Heimaturlaub desertierten und stießen zu den Partisaneneinheiten. Trotz angedrohter Todesstrafe unterstützten die verbliebenen Bauernfamilien die Partisanen, gewährten Unterschlupf und versorgten sie mit Lebensmitteln.

Es ist nicht verwunderlich, wenn auch beschämend, dass an Gedenkfeiern für die im Freiheitskampf gefallenen Kärntner Partisanen die Spitzen der Kärntner Landespolitik, von Ausnahmen abgesehen, nicht teilnahmen. Am 3. Februar 2013 veranstaltete der Verband der Kärntner Partisanen, so wie alle Jahre vorher, eine Gedenkveranstaltung in Suetschach bei

Feistritz im Rosental. Auf dem Dorffriedhof sind elf gefallene Partisanen begraben. Der prominenteste unter ihnen war Matija Verdnik-Tomaz. Der in Feistritz geborene Sohn einer Arbeiterfamilie schloss sich bereits im Dezember 1941 der Partisaneneinheit Cankar an und organisierte den Befreiungskampf im Rosentaler Gebiet. Von einem geheimen Bunker bei Suetschach aus leitete er den Organisationsaufbau und die Kampfaktionen. Bei einem Gefecht mit Nazitruppen wurde Matija schwer verwundet und starb am 2. Februar 1944 an Blutvergiftung. Als Erstkämpfer und Initiator des Befreiungskampfes in Kärnten wurde

Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus – jetzt Antrag stellen

Mit einstimmigem Beschluss machten im Jänner 2012 die Abgeordneten des österreichischen Nationalrats den Weg zur Rehabilitierung österreichischer Justizopfer der Jahre 1933 bis 1938 frei. Damit sollten alle Urteile von ordentlichen Strafgerichten sowie von Sonder- und Standgerichten aus der Zeit des Austrofaschismus (euphemistisch auch „autoritärer Ständestaat“ genannt) rückwirkend aufgehoben werden, wenn die verurteilte Tat im Kampf um ein unabhängiges und demokratisches Österreich erfolgt ist. Nationalsozialisten sind von der Rehabilitierung ausgeschlossen. Von der Rehabilitierung sind jene Personen umfasst, die zwischen 6. März 1933 und 12. März 1938 strafgerichtlich verurteilt oder verwaltungsbehördlich angehalten oder ausgebürgert wurden. Die entsprechenden Urteile und Entscheidungen werden nicht nur rückwirkend aufgehoben, auch ihr Unrecht wird in einer eigenen Klausel dezidiert festgehalten.

Eine jahrzehntelange Forderung unseres Bundes wurde endlich Wirklichkeit und den Heldinnen und Helden des Widerstands wurde spät, aber doch Gerechtigkeit und Ehrung zuteil.

Das Gesetz sieht eine pauschale Rehabilitierung von Verurteilten und Angehaltenen vor. Das ist zwar auch wichtig – aber die Betroffenen und ihre Nachkommen kriegen davon nichts mit. Deshalb gibt es zusätzlich die Möglichkeit einer individuellen Rehabilitierung: dass die Republik also den Einzelnen und ihren Kindern und Kindeskindern schriftlich die Rehabilitierung bestätigt, gewissermaßen als späte Anerkennung des geleisteten Widerstandes, aber auch als Teil aktiver historisch-politischer Bildung.

Das wurde von der ÖVP nur widerwillig akzeptiert und der Kreis der Anspruchsberechtigten (also derjenigen, die überhaupt einen Antrag stellen können) eng begrenzt: Individuell rehabilitiert werden kann nur, wer

selbst, wessen Ehepartner oder wessen Nachkommen in gerader Linie einen Antrag stellen. Zwecks Antragstellung muss man sich unter Nachweis des Verwandtschaftsverhältnisses und der Verfolgungsgeschichte eigens an das Landesgericht für Strafsachen Wien wenden, dort entscheiden dann Einzelrichter. Bis zum Frühjahr 2013 gibt es einen einzigen positiven Bescheid, den für Bruno Kreisky. Die Antragstellung ist unkompliziert und kostenlos, deshalb sollte man sich nicht davon abschrecken lassen!

Die meisten Menschen, die vom Verfolgungsschicksal in ihren Familien wissen und eventuell auch einen Antrag stellen wollen würden, verfügen über keine entsprechenden Nachweise. Das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien hat begonnen, alle Opfer samt entsprechenden Quellen in einer zentralen Datenbank zu erfassen. Diese Datenbank soll, wenn sie einmal fertigge-

stellt ist, im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Idealerweise – da wird aber viel von Datenschutzfragen abhängen – sollte dann nicht nur die Suche nach Namen, sondern auch nach Orten möglich sein. Dann könnte jemand z. B. in Ottakring seine Straße eingeben, könnte sehen, was dort an Widerstandstätigkeiten passiert ist und wer dafür wie verfolgt wurde. Gleichzeitig soll die Datenbank Nachkommen Recherchen ermöglichen und vor Gericht einen entsprechenden Nachweis über die Verfolgung erbringen.

Im Bundessekretariat der Freiheitskämpfer/innen (E-Mail: kaempfer@spoc.at oder telefonisch 01/534 27-277 bekommen interessierte bzw. betroffene Nachkommen Informationen und einen Musterantrag. Zögern wir nicht, nutzen wir diese Chance, damit unseren Vorfahren späte Gerechtigkeit zuteil wird!

Gerald Netzl

nen in Suetschach

Matija zum Nationalhelden ernannt.

Univ.-Prof. Dr. Katja Sturm-Schnabl, Vorsitzende des Kärntner Partisanenverbands, begrüßte die Nachkommen der Gefallenen und die anderen TeilnehmerInnen und erwähnte die Teilnahme des Vertreters der Freiheitskämpfer. Mag. Alenka Weber-Inzko, Präsidentin der Slowenenorganisation SPD „Kočna“, sprach Grußworte. Universitätsassistent MMag. Daniel Wutte beleuchtete die soziopolitischen Entwicklungen der Volksgruppe und Univ.-Prof. Dr. Maca Jogan vom slowenischen Partisanenverband hielt die Festrede. Die Gedenkfeier wurde

vom Chor „Bilka“ musikalisch umrahmt.

Die Landtagswahlen vom 3. März haben gezeigt, dass die Zeit auch in Kärnten nicht stehen bleibt und die KärntnerInnen unmissverständlich die blau-braunen Gespenster vertrieben und die „Korrupti“-Truppe um Dörfler, Scheuch und Co. abgewählt haben. Mit SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser wird Kärnten den Weg der sozialen Gerechtigkeit, des gesellschaftlichen Fortschritts und einer offenen und ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte beschreiten. Dies gilt auch für eine neue antifaschistische Gedenk- und Bildungskultur. ■

Ali Koblbacher

Kurt Heinrich, 70. Geburtstag



Kurt Heinrich, Hannes Schwantner, Ernst Nedwed und Herta Slabina

Bundesfinanzreferent Kurt Heinrich wurden bei der Bundesvorstandssitzung am 16. Jänner 2013 von den Anwesenden und Bundesvorsitzendem Ernst Nedwed die allerbesten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag übermittelt. ■

Internationale Befreiungsfeier Mauthausen, 12. Mai 2013

Die Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen trägt heuer den Titel: „Retterinnen und Retter“.

Die sozialdemokratische Gedenkfeier bei den Gedenktafeln für den ermordeten Richard Bernaschek beginnt um 10 Uhr. Als Hauptredner begrüßen wir den neuen Verteidigungsminister Gerald Klug.

Um 11 Uhr beginnt mit dem Einmarsch der Nationen die offizielle Befreiungsfeier. ■



Es fallen die Masken

von Alfred Heinrich

*Als das Inferno war zu Ende,
und alle vor den Trümmern standen,
und nicht einmal die Gräber fanden,
wusch man in Unschuld sich die Hände.*

*Und die, vor denen man gezittert,
die sagten nun: man darf nicht hassen,
nur, was gescheh'n ist, ruben lassen,
und waren, tat man's nicht, verbittert.*

*Als Biedermann sich zu maskieren
war Mode: „Ich war eh dagegen,
auch and're gaben ihren Segen,
und jeder kann sich einmal irren.“*

*„Ich konnte nur die Fäuste ballen
ganz heimlich, in der Hosentasche,
damit mich niemand überrasche.
Das Untier zeigte gleich die Krallen.“*

*Doch bald hört' man am Stammtisch leise,
daß eigentlich nicht alles schlecht war,
daß vieles damals auch gerecht war:
nur die Methode war nicht weise.*

*Inzwischen ist viel Zeit vergangen.
Des Kameraden Wort wird lauter.
Mitunter auf den Tisch schon baut er:
„Die ander'n haben angefangen.“*

*Und bald darauf hört man ihn brüllen:
„Jawohl, das laß' ich mir nicht nehmen,
ich brauch' mich wahrlich nicht zu schämen,
ich wollt' nur meine Pflicht erfüllen!“*

*Man hört die alten Kampfeslieder
aus Biergelabten Keblen schallen.
Man ist doch wer! Die Masken fallen,
und Haßverzerrtes zeigt sich wieder.*

*So wird bewältigt, was vergangen:
Die Zeit scheint reif: die alten Hasser,
die fühlen endlich Oberwasser:
Hat's nicht auch einst so angefangen?*

Wir danken Prof. Alfred Heinrich für das uns zur Verfügung gestellte Gedicht, das vor allem auf die Exponenten der Rechten im Lande zutrifft.

Die österreichischen Opfer politischer Verfolgung im National- sozialismus, Präsentation der neuen Opferdatenbank

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Veranstaltungszentrum des DÖW wurde am 6. März 2013 die neue Website www.doew.at vorgestellt. Schon bisher konnten rund 63.200 Namen der insgesamt mindestens 66.000 österreichischen

Holocaustopfer auf der Website des DÖW abgerufen werden. Auf der Grundlage dieses Projekts wurden die biografischen Angaben zu rund 8.000 Männern und Frauen, die Opfer der politischen Verfolgung 1938 bis 1945 wurden, recherchiert. (DÖW) ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Klaus Bergmaier, Alfred Heinrich, Annemarie Hopfgartner, Vinzenz Jobst, Ali Kohlbacher, Waltraude Licen, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Wolfgang Neugebauer, Laurien Janina Scheinecker, Dieter Strobel, Natascha Strobl, Peter Weidner, Alfred Zach, Eva Zeman.

Grafische Gestaltung: Andreas Schnierer. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: Ende März 2013.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at

Produktionsleitung: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z033355M